



Serbien

Mladic und der Kandidatenstatus

MICHAEL EHRKE

Juni 2011

War es das?

Als vor zweieinhalb Jahren Radovan Karadzic in Belgrad gefasst und dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag überstellt wurde, mobilisierte die Serbische Radikale Partei 15 000 Menschen zu einer Protestversammlung. Zu diesem Anlass lieferten die berüchtigten Hooligans der Polizei eine Straßenschlacht, die einem Protestierer das Leben kostete. Den damaligen Kommentaren der Medien zufolge würde die Auslieferung Ratko Mladics weitaus größere Proteste auslösen. Karadzic war Politiker und daher wenig populär. Mladic war populärer, als Militär war er frei vom Korruptionsverdacht, unter dem Politiker in Serbien generell stehen; er galt als Nationalheld, Umfragen zufolge würden 51 Prozent der Serben den ehemaligen Oberbefehlshaber der bosnisch-serbischen Armee nicht an Den Haag ausliefern.

Als Ratko Mladic gefasst wurde, gab es in Belgrad kleinere spontane Protestversammlungen. Auf dem Platz der Republik skandierten Protestierer »Noz, cica, Srebrenica« (»Messer, Draht, Srebrenica«) und »Boris (Tadic), rette Serbien und bring dich um« – dieselbe Parole, die in den Fußballstadien einst gegen Slobodan Milosevic skandiert worden war. In Novi Sad war die Menge der Protestierer etwas größer; einige hundert griffen die Gebäude des staatlichen Fernsehens und der Demokratischen Partei an, konnten aber, wie in Belgrad, von der Polizei unter Kontrolle gehalten werden. Für den Abend des 29. Mai rief die Radikale Partei in Belgrad dann zu einer Protestversammlung auf; die klerikal-faschistische Organisation Obraz schloss sich dem Aufruf an. Etwa 10 000 Menschen kamen; »einige Dutzend« Aufrührer griffen die Polizei an, 100 wurden festgenommen: Das war es dann. Die Festnahme des Nationalhelden Ratko Mladic brachte weniger gewaltsame Protestierer auf die Straße als die des Politikers Karadzic, als die Unabhängigkeitserklärung des

Kosovo, bei der (mit Duldung des damaligen Ministerpräsidenten Kostunica) die amerikanische und deutsche Botschaft angegriffen worden waren, und als die Gaypride-Parade vom Oktober 2010, bei der über 150 Polizisten verletzt wurden. Der Wunsch eines Bloggers, »Ich will Brände und Plünderungen sehen!« ging vorerst nicht in Erfüllung. Folgt man der Berichterstattung der Medien, war der spontane Protest, der sich in Kroatien gegen die Verurteilung Ante Gotovinas erhob, weitaus stärker als der Protest der Serben gegen die Inhaftierung Ratko Mladics.

Heißt das, dass der extreme serbische Nationalismus an sein natürliches Ende gekommen ist? Die Radikale Partei, vor wenigen Jahren die populärste Partei Serbiens, erfreut sich Umfragen zufolge der Zustimmung von nur noch fünf Prozent der Wähler. Milosevic hatte ihren Führer Seselj einst in die Regierung aufgenommen, um der Welt zu zeigen, dass Serbien Schlimmeres zu bieten hatte als ihn selbst. In einer ersten Reaktion wand sich der Führer der Fortschrittspartei (SNS), Spaltprodukt der Radikalen, geradezu, um eine Kommentierung der Festnahme Mladics zu vermeiden: Er sei »vollkommen überrascht«, »viele Fragen müssten geklärt werden«. In einer zweiten Reaktion allerdings gab er bekannt, auch eine von seiner Partei geführte Regierung hätte Mladic ausgeliefert. Und die jungen Männer mit den Kapuzenpullis von Obraz oder der »Bewegung 1389« bzw. aus den Stadien von Partizan und Roter Stern brachten es dieses Mal nicht fertig, Belgrad in Angst und Schrecken zu versetzen.

Bedeutet die Verhaftung Mladics das Ende der pro-europäischen Regierung?

In den Kommentaren der internationalen Medien sind zwei im Grunde einander ausschließende Trends zu

beobachten. Auf der einen Seite wird Präsident Boris Tadic als der große Sieger gefeiert. Auf der anderen Seite wird nicht ohne Bösartigkeit kommentiert, dass die Festnahme Mladics just zu dem Zeitpunkt erfolgte, als Catherine Ashton auf dem Weg nach Belgrad war, unter anderem um eine bessere Zusammenarbeit mit dem Haager Gerichtshof anzumahnen. Wenige Tage zuvor hatte der Haager Chef-Ankläger Serge Brammertz damit gedroht, Serbien wegen seiner unzureichenden Kooperation vor den UN zu rügen. Und in der Tat ähnelt die Auseinandersetzung Serbiens mit der internationalen und europäischen Öffentlichkeit in den letzten Jahren auf dem ersten Blick einem Pokerspiel, bei dem Serbien in jeder Notlage einen Joker aus dem Ärmel zieht, um Einwände gegen seine Mitgliedschaft in der EU aus dem Weg zu räumen. Die Gegenleistung für das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU im Sommer 2008 war die Auslieferung Karadzics; der Verzicht auf eine eigenständige Erklärung in der UN und die Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern des Kosovo wurde mit der Empfehlung der EU-Kommission an den Europäischen Rat belohnt, Serbiens Antrag auf die EU-Mitgliedschaft zur Kenntnis zu nehmen. Und die Festnahme und Auslieferung Mladics gilt als Leistung, die im Herbst mit der Verleihung des Kandidatenstatus vergolten werden wird. Diese Sicht der Dinge unterstellt zumindest implizit, dass die Verantwortlichen in Belgrad zu jedem Zeitpunkt wussten, wo sich die mutmaßlichen Kriegsverbrecher aufhielten, so dass sie immer gerade dann gefasst werden konnten, wenn es opportun war, d. h. wenn sie im Spiel von Leistung und Gegenleistung eingesetzt werden konnten.

Diese Sicht verdeckt aber auch, wie hoch das Risiko war bzw. ist, dem sich die serbische Regierung aussetzt. Dieses Risiko ist erstens persönlicher Natur. Der extreme serbische Nationalismus mag auf der politischen Bühne wie auf der Straße geschwächt sein – was nicht heißt, dass er in Verbindung mit der organisierten Kriminalität nicht mehr in der Lage wäre, ein Attentat zu organisieren. Die Blogs jedenfalls sind voller Morddrohungen, gegen Tadic, Innenminister Dacic, sogar gegen Nikolic, und die Erinnerung an Zoran Djindjic legt es nahe, diese Drohungen – trotz aller positiven Veränderungen seit 2003 – ernst zu nehmen.

Das Risiko ist zweitens politischer Natur. Niemand kann voraussagen, wie sich die Festnahme und Überstellung Mladics auf die nächsten Wahlen auswirken wird. Arbeits-

minister Rasim Ljajic, der auch für die Kooperation mit Den Haag zuständig ist, wies darauf hin, dass die Verhaftung Mladics der pro-europäischen Regierungskoalition den nächsten Wahlsieg kosten könne. Dies ist aber wenig wahrscheinlich. An einem nationalpolitisch-symbolischen Wahlkampf wären ausschließlich die Radikalen interessiert, die ihren Stimmenanteil um einige Prozentpunkte steigern könnten. Dies muss vor allem die SNS, die derzeit größte Oppositionspartei, befürchten. Die SNS wird daher kein Interesse daran haben, dass der Fall Mladic zum Wahlkampfthema wird. Die Regierungsmacht der pro-europäischen Koalition ist nicht deshalb gefährdet, weil unter ihrer Verantwortung Mladic gefasst und an Den Haag überstellt wurde, sondern weil sie nicht mit der wirtschaftlichen und sozialen Krise des Landes fertig wurde.

Das dritte Risiko betrifft die Beziehungen Serbiens zur EU. Die einzigen Erfolge, die die Regierung in den drei Jahren ihrer Amtszeit vorweisen kann, waren Zugeständnisse der EU: Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, die Aufhebung der Visumpflicht, die Annahme des Mitgliedschaftsantrags – und nun scheint der Kandidatenstatus zu winken. In die jüngsten Auseinandersetzungen um vorgezogene Wahlen trat Boris Tadic mit dem Argument, vor den nächsten Wahlen müsse Serbiens Kandidatenstatus gesichert sein (anstatt zu sagen: Vor den nächsten Wahlen müsse die laufende Legislaturperiode geordnet zu Ende gebracht worden sein). Das heißt, die pro-europäische Koalition hat sich in hohem Ausmaß von Entscheidungen abhängig gemacht, deren Zustandekommen sich ihrer Kontrolle entzieht, von Entscheidungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, für die die Mitgliedschaft Serbiens gerade in der gegenwärtigen Krisensituation nicht die erste Priorität sein wird. Es ist daher nicht sicher, dass Serbien im Oktober wirklich der Kandidatenstatus gewährt wird. Möglicherweise werden neue Vorbedingungen gestellt, wie die Auslieferung des nun letzten mutmaßlichen Kriegsverbrechers Goran Hadzic, (die die CDU in ihrer Presseerklärung zur Verhaftung Mladics forderte); oder weitere Zugeständnisse im Kosovo-Streit, ein lupenreines Rechtswesen, ein korruptionsfreier Staat.

Der Kandidatenstatus ist zwar ein eher symbolischer Erfolg, er bedeutet materiell nicht mehr als etwas mehr IPA-Mittel und die vage Aussicht auf den Beginn von Verhandlungen. Wenn dieser Status aber nicht gewährt wird, würde dies als schwere Niederlage der pro-europäischen Koalition bewertet werden und Nikolic den

Weg an die Regierungsmacht öffnen – ein Ergebnis, das diese Koalition mit ihrer EU-Fixierung selbst herbeigeführt hätte. Der EU-Kommission und den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten wird eine Regierung Nikolic aber (leider!) kaum den Schlaf rauben.

EU-Fixierung als Politik-Ersatz – oder als Mittel der Selbst-Zivilisierung?

Die Fixierung auf die EU-Mitgliedschaft ist eine möglicherweise gefährliche Haltung der pro-europäischen Koalition, zum einen, weil die Entscheidungen der EU nicht zuletzt aufgrund der populistischen Neigungen mehrerer ihrer Mitglieder schwer kalkulierbar sind. Die EU ist zur Zeit nicht in der Lage, Griechenland, das finanziell von den EU-Mitgliedsstaaten extrem abhängig ist, zu einer konzilianteren Haltung gegenüber Mazedonien zu bewegen. Wird die EU die von einem Rechtspopulisten mitregierten Niederlande bewegen können, die Mitgliedschaft Serbiens zu befürworten? Zum andern ist die Mitgliedschaft in der EU wirtschafts- und sozialpolitisch so etwas wie der letzte Strohalm, an den die Regierung sich klammern kann. Die Erfolge bei der Annäherung an die EU verdecken, dass sonst kaum Erfolge vermeldet werden können. Das unter der Kuratel des IWF stehende Land wird seine wirtschaftlichen und sozialen Probleme kaum aus eigener Kraft überwinden können, so dass viele die EU-Integration mit einer großzügigen Hilfe von außen verwechseln, sei es in der Form offizieller Struktur- und anderer Fonds, sei es in der Form privater Direktinvestitionen.

Das Gefährliche dieser Hoffnungen liegt nicht nur darin, dass sie enttäuscht werden könnten, sondern auch darin, dass die EU-Mitgliedschaft ohne ein eigenes wirtschaftliches und soziales »Projekt« angestrebt wird. Die Mitgliedschaft scheint gerade nicht als ein Instrument wahrgenommen zu werden, das die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erleichtern kann, sondern als Ersatz dieser Entwicklung.

Die EU-Integration steht für Serbien aber nicht nur für wirtschaftliches Fortkommen und soziale Besserstellung, sie steht auch für die politische Selbst-Zivilisierung eines Landes, das viele Jahre lang als Paria galt und als ein solcher behandelt wurde. In der internationalen Isolation haben sich Reste der ethnisch-nationalistischen politischen Kultur – wenn auch zunehmend geschwächt – erhalten können, aus der die Kriege der 1990er Jahre hervorgingen. Durchaus nicht ohne Realismus geht die Regierungskoalition offensichtlich davon aus, dass Serbien auch auf diesem politischen Weg der Unterstützung von außen bedarf, dass die Einbindung in europäische Strukturen die geschwächten, aber noch wachen Dämonen der Vergangenheit in Schach halten kann.

Die Nationalisten halten der Regierung und Präsident Tadic vor, sie würden sämtliche serbischen Positionen an die EU preisgeben, ohne im Gegenzug etwas Substantielles zu erhalten. Ein unvorteilhaftes Tauschgeschäft also. In Wirklichkeit »opfert« Serbien mit der Überstellung Mladics nichts, sondern entledigt sich – in den Worten Boris Tadic – eines »Schandflecks«, der seine Beziehungen mit dem Rest Europas Jahre lang vergiftet hatte. Die Verhaftung Mladics war ein weiterer Schritt nach vorn – auch wenn es keine Gegenleistung Europas geben sollte.

ISBN 978-3-86872-768-5

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Über den Autor

Dr. Michael Ehrke ist Landesvertreter der FES in Serbien und in Montenegro.